

Betrugsmasche mit Diplomatenrabatt

Saab-Handelsvertreter soll jahrelang den Erlös verkaufter Fahrzeuge in die eigene Tasche gesteckt haben

Von Alexander Krug

Als Handelsvertreter für die Automarke Saab in Deutschland war Stelios A. offenbar sehr erfolgreich. Hunderte Autos im Wert von rund zwei Millionen Euro verkaufte er im Laufe seiner Tätigkeit. Seit Freitag allerdings sitzt der 42-Jährige auf der Anklagebank im Münchner Landgericht. Etwa zwei Jahre lang soll er Dutzende Fahrzeuge auf eigene Rechnung verkauft und den Erlös in die eigene Tasche gesteckt haben. Die Anklage lautet auf Untreue, Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung.

Den Ermittlungen der Staatsanwalt-

schaft zufolge hatte sich der Angeklagte bei seinen Betrügereien das interne Rabattsystem zunutze gemacht. Danach gab es für Diplomaten, Nato-Angehörige oder Mitarbeiter von internationalen Organisationen einen 15-prozentigen Preisnachlass auf fabrikneue Modelle (der so genannte Diplomatenrabatt). Stelios A. soll einfach Namen erfunden haben und die manipulierten Bescheinigungen dann per Fax an die Zentrale von Saab gefaxt haben. Insgesamt soll er 2003 und 2004 Fahrzeuge im Wert von rund zwei Millionen Euro veräußert und davon rund 900 000 in bar kassiertes Geld nicht an die Firma weitergeleitet haben.

Der Angeklagte will sich „vorerst“ nicht zu den Vorwürfen äußern. Der gebürtige Schotte, der seit seinem 17. Lebensjahr mit Autos handelt, hatte 2002 bei Saab angefangen. Seit Mai vergangenen Jahres sitzt er in Untersuchungshaft. Sein Verteidiger Andreas Schwarzer räumt für ihn den „äußeren Geschehensablauf“ ein. Ein Geständnis im Sinne der Anklage soll das allerdings nicht sein. Denn Schwarzer argumentiert, dass die Vereinbarungen zwischen dem Angeklagten und Saab alles andere als eindeutig geregelt gewesen sein. Entgegen der Anklage sei Stelios A. zur „Annahme der Gelder letztlich in eigenem Namen be-

rechtigt“ gewesen. Die „Faxe“ seines Mandanten könnten auch nicht als „Urkunden“ bewertet werden. Es liege also weder eine Untreue noch eine Urkundenfälschung und damit letztlich auch keine Steuerhinterziehung vor.

Das Gericht hat bereits weitere Prozesstermine bis Anfang November ins Auge gefasst. Abseits der juristischen Problematik dürften unter Umständen auch betriebsinterne Abläufe bei Saab auf dem Prüfstand stehen. In Zentrum dürfte dabei die Frage stehen, wie es dem Angeklagten gelingen konnte, jahrelang unbemerkt für Dutzende verkaufter Autos den Kaufpreis einbehalten zu können.